Verfassungsrechtliche Grundlagen der beruflichen Vorsorge

(analog zu den altrechtlichen Bestimmungen in Art. 34quater altBV)

Art. 111 Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge

1 Der Bund trifft **Massnahmen für eine ausreichende Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge**. Diese beruht auf drei Säulen, nämlich der eidgenössischen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung, der beruflichen Vorsorge und der Selbstvorsorge.

2 Der Bund sorgt dafür, dass die eidgenössische Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung sowie die berufliche Vorsorge ihren Zweck dauernd erfüllen können.

3 Er kann die Kantone verpflichten, Einrichtungen der eidgenössischen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung sowie der beruflichen **Vorsorge von der Steuerpflicht zu befreien** und den Versicherten und ihren Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern **auf Beiträgen und anwartschaftlichen Ansprüchen Steuererleichterungen** zu gewähren.

4 Er fördert in Zusammenarbeit mit den Kantonen die Selbstvorsorge namentlich durch Massnahmen der Steuer- und Eigentumspolitik

Art. 113 Berufliche Vorsorge*

1 Der Bund erlässt Vorschriften über die berufliche Vorsorge.

2 Er beachtet dabei folgende Grundsätze:

- a. Die berufliche Vorsorge ermöglicht zusammen mit der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise.
- b. Die berufliche Vorsorge ist für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer obligatorisch; das Gesetz kann Ausnahmen vorsehen.
- c. Die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber versichern ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei einer Vorsorgeeinrichtung; soweit erforderlich, ermöglicht ihnen der Bund, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einer eidgenössischen Vorsorgeeinrichtung zu versichern.
- d. Selbstständigerwerbende können sich freiwillig bei einer Vorsorgeeinrichtung versichern.
- e. Für bestimmte Gruppen von Selbstständigerwerbenden kann der Bund die berufliche Vorsorge allgemein oder für einzelne Risiken obligatorisch erklären.

3 Die berufliche Vorsorge wird durch die Beiträge der Versicherten finanziert, wobei die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber mindestens die Hälfte der Beiträge ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bezahlen.

Art. 79 BVG - Einkauf

1 Die Vorsorgeeinrichtung darf den Einkauf höchstens bis zur Höhe der reglementarischen Leistungen ermöglichen.

2 Der Bundesrat regelt die Fälle der Personen, die im Zeitpunkt, in dem sie den Einkauf verlangt haben, noch nie einer Vorsorgeeinrichtung angehört haben.

3 Wurden Einkäufe getätigt, so dürfen die daraus resultierenden Leistungen innerhalb der nächsten drei Jahre nicht in Kapitalform aus der Vorsorge zurückgezogen werden. Wurden Vorbezüge für die Wohneigentumsförderung getätigt, so dürfen freiwillige Einkäufe erst vorgenommen werden, wenn die Vorbezüge zurückbezahlt sind.

4 Von der Begrenzung ausgenommen sind die Wiedereinkäufe im Falle der Ehescheidung oder gerichtlichen Auflösung einer eingetragenen Partnerschaft nach Artikel 22c FZG2.3

5a. Kapitel: Erleichterung der Arbeitsmarktteilnahme älterer Arbeitnehmer

Art. 33a Weiterversicherung des bisherigen versicherten Verdienstes

1 Die Vorsorgeeinrichtung kann in ihrem Reglement vorsehen, dass für Versicherte, deren Lohn sich **nach dem 58. Altersjahr um höchstens die Hälfte reduziert**, auf Verlangen der versicherten Person die Vorsorge für den bisherigen versicherten Verdienst weitergeführt wird.

2 Die Weiterversicherung des bisherigen versicherten Verdienstes kann höchstens bis zum ordentlichen reglementarischen Rentenalter erfolgen.

3 Die Beiträge zur Weiterversicherung des bisherigen versicherten Verdienstes sind von der Beitragsparität nach den Artikeln 66 Absatz 1 dieses Gesetzes und 331 Absatz 3 des Obligationenrechts¹ ausgenommen. Das Reglement kann Beiträge des Arbeitgebers für diese Weiterversicherung nur mit dessen Zustimmung vorsehen.

Art. 33b Erwerbstätigkeit nach dem ordentlichen Rentenalter

Die Vorsorgeeinrichtung kann in ihrem Reglement vorsehen, dass auf Verlangen der versicherten Person deren Vorsorge bis zum Ende der Erwerbstätigkeit, höchstens jedoch bis zur Vollendung des 70. Altersjahres, weitergeführt wird.

Art 2 FZG

Art. 2 Austrittsleistung

1 Versicherte, welche die Vorsorgeeinrichtung verlassen, bevor ein Vorsorgefall eintritt (Freizügigkeitsfall), haben Anspruch auf eine Austrittsleistung.

1bis Versicherte können auch eine Austrittsleistung beanspruchen, wenn sie die Vorsorgeeinrichtung zwischen dem frühestmöglichen und dem ordentlichen reglementarischen Rentenalter verlassen und die Erwerbstätigkeit weiterführen oder als arbeitslos gemeldet sind. Bestimmt das Reglement kein ordentliches Rentenalter, so ist das Alter nach Artikel 13 Absatz 1 des Bundesgesetzes vom 25. Juni 19821 über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) massgebend.

1ter Ebenso haben Versicherte, deren Rente der Invalidenversicherung nach Verminderung des Invaliditätsgrades herabgesetzt oder aufgehoben wird, am Ende der provisorischen Weiterversicherung und Aufrechterhaltung des Leistungsanspruchs nach Artikel 26a Absätze 1 und 2 BVG Anspruch auf eine Austrittsleistung.

2 Die Vorsorgeeinrichtung bestimmt in ihrem Reglement die Höhe der Austrittsleistung; diese muss mindestens so hoch sein wie die nach den Bestimmungen des 4. Abschnitts berechnete Austrittsleistung.

3

Art. 12 FZV (Aufteilung der Freizügigkeitsleistung)

Art. 121 Übertragung

1 Die Austrittsleistung darf von der bisherigen
Vorsorgeeinrichtung **höchstens an zwei
Freizügigkeitseinrichtungen übertragen** werden.

2 Die Versicherten können jederzeit die
Freizügigkeitseinrichtung oder die Form der Erhaltung des
Vorsorgeschatzes wechseln.

1. **Patronale Vorsorgepläne:** Die AHV erkennt überall dort, wo der Arbeitgeber einen diskretionären Spielraum (auch nur theoretisch) bei der Leistungsausrichtung hat, auf Lohn. Keine anwartschaftlichen Leistungen.

Bundesgericht vom 31. März 2016, 9C_605/2015

2. Steueroptimierte Finanzierung durch Einkauf: Kollision mit der bundesgerichtlich definierten **Kapitalbezugssperre.**

Art. 79b Abs. 3 BVG; Bundesgericht vom 12. März 2010, 2C_658/659/2009

Ein Kapitalbezug innert drei Jahren nach einem Einkauf führt zur Aberkennung des Steuerabzuges auf dem entsprechenden Einkauf. Weils so einfach geht mit der schematischen Rechtsprechung hat man dann gleich auch noch die **konsolidierte Betrachtung** eingefügt: Ein Kapitalbezug aus einer Kadervorsorge vergiftet den Einkauf in die Basisvorsorge, obwohl "die daraus resultierenden Leistungen" ja ganz klar Renten sind.

Bundesgericht vom 15.1.2015 2C_488/2014

Fiktionen

Bundesgericht vom 15. November 2012 9C_688/2011

(Kommanditgesellschaft)

Bundesgericht vom 6. August 2013 9C_326/2013 (Deutsche GmbH & Co. KG)

Wohneigentumsfinanzierung: Ja, ist möglich, nachhaltig zweckgebunden

Bundesgericht vom 29.1.2015 2C_325/2014

Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit: Nicht zweckgebunden, die selbständige Tätigkeit sollte eine gewisse Nachhaltigkeit aufweisen. Auch oder noch mehr risikobehaftet.

Bundesgericht vom 7. Juni 2011, StE 2011 B 26.13 Nr. 27

Bundesgericht vom 2.10.2015 2C_248/2015